

**DE**

044251/EU XXIV.GP  
Eingelangt am 14/01/11

**DE**

**DE**



EUROPÄISCHE KOMMISSION

Brüssel, den 14.1.2011  
KOM(2011) 9 endgültig

**ENTWURF DES BERICHTIGUNGSHAUSHALTSPLANS Nr. 1  
ZUM GESAMTHAUSHALTSPLAN 2011**

**AUSGABENÜBERSICHT NACH EINZELPLÄNEN  
Einzelplan III - Kommission**

(Vorlage der Kommission)

# **ENTWURF DES BERICHTIGUNGSHAUSHALTSPLANS Nr. 1 ZUM GESAMTHAUSHALTSPLAN 2011**

## **AUSGABENÜBERSICHT NACH EINZELPLÄNEN Einzelplan III - Kommission**

Gestützt auf

- den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, insbesondere auf Artikel 314, in Verbindung mit dem Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft, insbesondere mit Artikel 106a,
- die Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates vom 25. Juni 2002 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften<sup>1</sup>, insbesondere auf Artikel 37,
- den am 15. Dezember 2010 festgestellten Gesamthaushaltsplan der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2011,

legt die Europäische Kommission der Haushaltsbehörde den Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 1 zum Haushaltsplan 2011 vor.

### **ÄNDERUNGEN BEI DEN EINNAHMEN UND AUSGABEN NACH EINZELPLÄNEN**

Die Änderungen bei den Einnahmen und Ausgaben nach Einzelplänen sind über den EUR-Lex-Server abrufbar (<http://eur-lex.europa.eu/budget/www/index-de.htm>). Eine englische Fassung dieser nach Einzelplänen gegliederten Änderungen ist als technischer Anhang beigelegt.

---

<sup>1</sup> ABl. L 248 vom 16.9.2002, S. 1.

# INHALTSVERZEICHNIS

1.	Einführung.....	3
2.	Inanspruchnahme des Solidaritätsfonds der Europäischen Union .....	3
2.1.	Polen.....	3
2.2.	Slowakei.....	5
2.3.	Ungarn.....	6
2.4.	Tschechische Republik.....	7
2.5.	Kroatien.....	8
2.6.	Rumänien .....	9
2.7.	Schlussfolgerung.....	10
3.	Finanzierung.....	11
4.	Übersicht nach Rubriken des Finanzrahmens .....	12

## 1. EINFÜHRUNG

Der Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans (EBH) Nr. 1 für das Haushaltsjahr 2011 betrifft die Inanspruchnahme des Solidaritätsfonds der Europäischen Union im Betrag von 182 388 893 EUR an Mitteln für Verpflichtungen und an Mitteln für Zahlungen infolge der in Polen, der Slowakei, der Tschechischen Republik, Ungarn, Kroatien und Rumänien durch starke Regenfälle verursachten Schäden.

## 2. INANSPRUCHNAHME DES SOLIDARITÄTSFONDS DER EUROPÄISCHEN UNION

### 2.1. Polen

Im Mai und Juni zogen zwei aufeinanderfolgende Überflutungen einen großen Teil Polens in Mitleidenschaft; diese Hochwasserwellen verliefen von Süd nach Nord, flussabwärts der Weichsel, der Oder und der Warthe. Die Überschwemmungen trafen beinahe alle polnischen Provinzen („Woiwodschaften“) und verursachten beträchtliche Schäden im Agrarsektor, an der öffentlichen Infrastruktur und an Privateigentum, an Verkehrsnetzen und Stätten des Kulturerbes.

- (1) Der Antrag auf Finanzhilfe aus dem Solidaritätsfonds der Europäischen Union wurde der Kommission am 23. Juli 2010 vorgelegt, also innerhalb der Frist von zehn Wochen nach der ersten Schadensfeststellung vom 14. Mai 2010. Am 29. September übermittelten die polnischen Behörden der Kommission eine aktualisierte Schätzung der Gesamtschäden.
- (2) Die polnischen Behörden veranschlagten den direkten Gesamtschaden auf 2,999 Mrd. EUR. Dieser Betrag entspricht 0,8468 % des Bruttonationaleinkommens (BNE) Polens und übersteigt den üblichen Schwellenwert für die Inanspruchnahme

des Solidaritätsfonds von 2,124 Mrd. EUR (d. h. 0,6 % des BNE auf der Grundlage der Daten für 2008). Die Prüfung durch die Kommissionsdienststellen ergab, dass die von Polen verwendeten Verfahren zur Schätzung der unterschiedlichen Schadenskategorien sehr plausibel sind.

- (3) Die Katastrophe ist natürlichen Ursprungs. Da der veranschlagte direkte Gesamtschaden von 2,999 Mrd. EUR den im Fall Polens im Jahr 2010 anwendbaren Schwellenwert für die Inanspruchnahme des Solidaritätsfonds übersteigt, gilt die Katastrophe als „Naturkatastrophe größeren Ausmaßes“ und fällt damit in den Hauptanwendungsbereich der Verordnung (EG) Nr. 2012/2002 des Rates. Der direkte Gesamtschaden dient als Berechnungsgrundlage für die Festsetzung der Höhe der finanziellen Unterstützung. Die finanzielle Unterstützung darf ausschließlich für wesentliche Rettungsmaßnahmen im Sinne von Artikel 3 der Verordnung verwendet werden.
- (4) Da die beiden Hochwasserwellen aus derselben anhaltenden meteorologischen Situation entstanden sind, können sie als einzelne Katastrophe im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 2012/2002 des Rates gelten. Die Überschwemmungen verursachten verheerende Schäden an der grundlegenden Infrastruktur, an Privathäusern, öffentlichen Gebäuden, Betrieben und landwirtschaftlichen Flächen; es entstanden beträchtliche Schäden an bedeutenden Stätten des Kulturerbes und auch die Bevölkerung wurde stark in Mitleidenschaft gezogen. Es wurde angegeben, dass nur zwei der 16 polnischen Woiwodschaften nicht von den Überschwemmungen betroffen waren.
- (5) Drei Provinzen in Südpolen wurden besonders schwer von den Überflutungen im Mai-Juni 2010 in Mitleidenschaft gezogen: Die Woiwodschaften Niederschlesien (Dolnośląskie) und Oppeln (Opolskie), beide im Einzugsgebiet der Oder, und die Woiwodschaft Kleinpolen (Małopolskie), die beinahe in ihrer Gesamtheit im Einzugsgebiet der Weichsel liegt. Es wurde mitgeteilt, dass mehr als 20 Menschen starben. Die Zahl der von den Überschwemmungen betroffenen Familien beläuft sich auf 66 660; 14 563 Familien wurden evakuiert. Alles in allem wurden 811 Gemeinden von den Wassermassen in Mitleidenschaft gezogen, 1387 Unternehmen geschädigt, 683 000 ha Land und mehr als 18 000 Gebäude überflutet. Mehr als 55,6 km Schienennetz mussten sofort instandgesetzt werden; während der Überschwemmungen wurden 400 km des Schienennetzes gesperrt bzw. konnten nur eingeschränkt genutzt werden. Hochwasserschutzdämme müssen auf einer Länge von ca. 1 300 km wieder aufgebaut werden. Öffentliche Gebäude (z. B. 802 Schulen, 160 Kindergärten) wurden beschädigt. Zwei UNESCO-Welterbestätten (die Kirchen St. Philippus und St. Jakobus in Sękowa) müssen umfassend restauriert und instandgesetzt werden. Polen beantragte Unterstützung durch das Katastrophenschutzverfahren der EU. Die übermittelten Informationen lassen ohne Zweifel den Schluss zu, dass die Überschwemmungen gravierende Folgen für die Lebensbedingungen der Bürger, die Umwelt und die Wirtschaft haben. Der Antrag Polens umfasst eine detaillierte Analyse der Auswirkungen der Überschwemmungen und eine Aufschlüsselung der geschätzten Gesamtschäden nach Sektoren.
- (6) Die Kosten der gemäß Artikel 3 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 2012/2002 des Rates förderfähigen wesentlichen Rettungsmaßnahmen wurden von den polnischen Behörden auf 2,195 Mrd. EUR geschätzt und nach Maßnahmenarten aufgeschlüsselt. Der Großteil der Kosten für die Rettungsmaßnahmen (über 1,248 Mrd. EUR) betrifft

die umgehende Wiederherstellung der Infrastruktur. Aus den Angaben der polnischen Behörden geht klar hervor, dass die Kosten der förderfähigen Maßnahmen weit über dem aus dem Solidaritätsfonds möglichen Förderbetrag liegen. Die aus dem Fonds tatsächlich zu finanzierenden Maßnahmenarten werden in der Durchführungsvereinbarung definiert.

- (7) Das betroffene Gebiet ist als „Konvergenzregion“ im Rahmen der Strukturfonds (2007-2013) förderfähig.
- (8) Die polnischen Behörden gaben an, dass für die geltend gemachten Schäden kein Versicherungsschutz besteht.

## **2.2. Slowakei**

In der Slowakei gingen im Mai und Juni 2010 starke Regenfälle nieder. Gebiete wurden überflutet, Erdrutsche wurden ausgelöst und die weitreichenden Überschwemmungen verursachten schwere Schäden an der öffentlichen und privaten Infrastruktur, dem Straßen- und Schienennetz, in der Landwirtschaft und für Unternehmen.

- (1) Der Antrag auf Finanzhilfe aus dem Solidaritätsfonds der Europäischen Union wurde der Kommission am 16. Juli 2010 vorgelegt, also innerhalb der Frist von zehn Wochen nach der ersten Schadensfeststellung vom 9. Mai 2010. Am 27. September übermittelten die slowakischen Behörden der Kommission weitere Informationen, darunter eine aktualisierte Schätzung der Gesamtschäden.
- (2) Die slowakischen Behörden veranschlagten den direkten Gesamtschaden auf 561 133 594 EUR. Dieser Betrag entspricht 0,8902 % des BNE der Slowakei und übersteigt den 2010 für die Slowakei geltenden normalen Schwellenwert für die Inanspruchnahme des Solidaritätsfonds von 378 205 Mio. EUR (d. h. 0,6 % des BNE auf der Grundlage der Daten für 2008).
- (3) Die Katastrophe ist natürlichen Ursprungs. Da der veranschlagte direkte Gesamtschaden den Schwellenwert für die Inanspruchnahme des Solidaritätsfonds übersteigt, gilt die Katastrophe als „Naturkatastrophe größeren Ausmaßes“ und fällt damit in den Hauptanwendungsbereich der Verordnung (EG) Nr. 2012/2002 des Rates. Der direkte Gesamtschaden dient als Berechnungsgrundlage für die Festsetzung der Höhe der finanziellen Unterstützung. Die finanzielle Unterstützung darf ausschließlich für wesentliche Rettungsmaßnahmen im Sinne von Artikel 3 der Verordnung verwendet werden. Die Prüfung durch die Kommissionsdienststellen ergab, dass die von der Slowakei verwendeten Verfahren zur Schätzung der unterschiedlichen Schadenskategorien plausibel sind.
- (4) Die Überschwemmungen und Erdrutsche traten hauptsächlich in der Mitte und dem Osten der Slowakei auf; diese Gebiete gelten als wirtschaftlich weniger entwickelt. Die größten Schäden wurden in den Regionen Prešov und Košice festgestellt. Im Antrag werden die Folgen der Katastrophe dargelegt: 306 Häuser wurden durch Erdrutsche in Mitleidenschaft gezogen (landesweit kam es zu etwa 235 Erdrutschen), 45 894 Haushalte waren von den Überschwemmungen betroffen und 150 Wohngebäude wurden beschädigt oder zerstört. Mehrere öffentliche Gebäude wurden beschädigt, Menschen starben, und an der Verkehrsinfrastruktur wurden gewaltige Schäden festgestellt. Hauptsächlich ist von den Schäden allerdings die Landwirtschaft betroffen (landwirtschaftliche Erzeugnisse) – die vorläufige

Schadenskalkulation beläuft sich auf 149,9 Mio. EUR. Aufgrund der schweren Folgen der Überschwemmungen beantragte die Slowakei Unterstützung durch das Katastrophenschutzverfahren der EU. Es kann geschlossen werden, dass die Überschwemmungen und Erdrutsche gravierende und dauerhafte Folgen für die Lebensbedingungen der Bürger, die Umwelt und die Wirtschaft haben, auch in Regionen, die als wirtschaftlich weniger entwickelt gelten. Der Antrag der Slowakei umfasst eine detaillierte Analyse der Auswirkungen der Überschwemmungen und eine Aufschlüsselung der geschätzten Gesamtschäden nach Sektoren.

- (5) Die Kosten der gemäß Artikel 3 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 2012/2002 des Rates förderfähigen wesentlichen Rettungsmaßnahmen wurden von den slowakischen Behörden auf 78 419 054 EUR geschätzt und nach Maßnahmenarten aufgeschlüsselt. Der Großteil der Kosten für die Rettungsmaßnahmen (über 40 Mio. EUR) betrifft die umgehende Wiederherstellung der Infrastruktur. Aus den Angaben der slowakischen Behörden geht klar hervor, dass die tatsächlichen Kosten der förderfähigen Maßnahmen weit über dem aus dem Solidaritätsfonds möglichen Förderbetrag liegen. Die aus dem Fonds tatsächlich zu finanzierenden Maßnahmenarten werden in der Durchführungsvereinbarung definiert.
- (6) In der Slowakei sind drei Regionen als „Konvergenzregionen“ und eine als unter das Ziel „Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“ fallende Region im Rahmen der Strukturfonds (2007-2013) förderfähig.
- (7) Die slowakischen Behörden gaben an, dass für die geltend gemachten Schäden kein Versicherungsschutz besteht.

### **2.3. Ungarn**

Die einen Monat lang beinahe ununterbrochen anhaltenden Regenfälle im Mai und Juni 2010 verursachten schwere Überschwemmungen in Ungarn, die weitreichende Schäden im Agrarsektor, an Wohngebäuden und Geschäften, am Straßennetz und an anderen Infrastrukturen zur Folge hatten, wobei der Nordosten und die Mitte des Landes besonders stark in Mitleidenschaft gezogen wurden.

- (1) Der Antrag auf Finanzhilfe aus dem Solidaritätsfonds der Europäischen Union wurde der Kommission am 24. Juli 2010 vorgelegt, also innerhalb der Frist von zehn Wochen nach der ersten Schadensfeststellung vom 15. Mai 2010.
- (2) Die ungarischen Behörden veranschlagten den direkten Gesamtschaden auf 719 343 706 EUR. Dieser Betrag entspricht 0,7307 % des BNE Ungarns und übersteigt den 2010 für Ungarn geltenden üblichen Schwellenwert für die Inanspruchnahme des Solidaritätsfonds von 590,710 Mio. EUR (d. h. 0,6 % des BNE auf der Grundlage der Daten für 2008).
- (3) Die Katastrophe ist natürlichen Ursprungs. Da der veranschlagte direkte Gesamtschaden den anwendbaren Schwellenwert für die Inanspruchnahme des Solidaritätsfonds übersteigt, gilt die Katastrophe als „Naturkatastrophe größeren Ausmaßes“ und fällt damit in den Hauptanwendungsbereich der Verordnung (EG) Nr. 2012/2002 des Rates. Der direkte Gesamtschaden dient als Berechnungsgrundlage für die Festsetzung der Höhe der finanziellen Unterstützung. Die finanzielle Unterstützung darf ausschließlich für wesentliche Rettungsmaßnahmen im Sinne von Artikel 3 der Verordnung verwendet werden. Die Prüfung durch die

Kommissionsdienststellen ergab, dass die von Ungarn verwendeten Verfahren zur Schätzung der unterschiedlichen Schadenskategorien sehr detailliert und fundiert und die Ergebnisse plausibel sind. Beim veranschlagten direkten Gesamtschaden handelt es sich offensichtlich um eine eher vorsichtige Schätzung.

- (4) Auf die außergewöhnliche Wettersituation, die sich in der Pannonischen Tiefebene bildete, folgten starker Regen, Wirbelstürme und ungewöhnlich starke Windböen von über 160 km/h, was zu schweren Überschwemmungen führte. In 11 von 19 Komitaten wurden Sofortmaßnahmen angeordnet. Der Antrag Ungarns enthält detaillierte Informationen zum Ausmaß der Schäden und kann wie folgt zusammengefasst werden: Die beiden wichtigsten Flüsse Ungarns, die Donau und die Theiß, traten über die Ufer, und für eine Strecke von insgesamt 3 088 km wurde die höchste Alarmstufe (Alarmstufe 3) ausgerufen. 5 259 Menschen mussten ihre Häuser verlassen, knapp 780 000 Personen (beinahe 8 % der Bevölkerung) waren von der Notfallanordnung betroffen und etwa eine halbe Million Menschen befanden sich in unmittelbarer Gefahr. 317 Häuser wurden zerstört, mehr als 5 600 Wohngebäude in 105 Ortschaften müssen wieder instandgesetzt werden. Die Ereignisse verursachten massive Schäden an der Schieneninfrastruktur (auf 25 Strecken wurden 612 außergewöhnliche Vorkommnisse gemeldet). 50 000 Fahrzeuge mussten jeden Tag umgeleitet werden. Von öffentlichen Schulen, Kindergärten und anderen Bildungseinrichtungen gingen Schadensmeldungen ein. Am stärksten wurde allerdings der Bereich Landwirtschaft in Mitleidenschaft gezogen. Aufgrund der schweren Folgen der Überschwemmungen beantragte Ungarn Unterstützung durch das Katastrophenschutzverfahren der EU. Es kann geschlossen werden, dass die Überschwemmungen gravierende und dauerhafte Folgen für die Lebensbedingungen der Bürger, die Umwelt und die Wirtschaft hatten, insbesondere im Bereich Landwirtschaft. Der Antrag Ungarns umfasst eine detaillierte Analyse der Auswirkungen der Überschwemmungen und eine Aufschlüsselung der geschätzten Gesamtschäden nach Sektoren.
- (5) Die Kosten der gemäß Artikel 3 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 2012/2002 des Rates förderfähigen wesentlichen Rettungsmaßnahmen wurden von den ungarischen Behörden auf 194 195 242 EUR geschätzt und nach Maßnahmenarten aufgeschlüsselt. Der Großteil dieser Kosten (über 85,754 Mio. EUR) betrifft die Rettungsdienste. Aus den Angaben der ungarischen Behörden geht klar hervor, dass die tatsächlichen Kosten der förderfähigen Maßnahmen weit über dem aus dem Solidaritätsfonds möglichen Förderbetrag liegen. Die aus dem Fonds tatsächlich zu finanzierenden Maßnahmenarten werden in der Durchführungsvereinbarung definiert.
- (6) In Ungarn sind sechs Regionen als „Konvergenzregionen“ und eine als „Phasing-in-Region“ im Rahmen der Strukturfonds 2007-2013 förderfähig.
- (7) Die ungarischen Behörden gaben an, dass für die geltend gemachten Schäden kein Versicherungsschutz besteht.

#### **2.4. Tschechische Republik**

In der Tschechischen Republik gingen im Mai und Juni 2010 sintflutartige Regenfälle nieder. Diese verursachten im Nordosten zwei zusammenhängende Hochwasserwellen, die Wohngebäude, Gewerbegebäude sowie das Straßennetz und andere Infrastrukturanlagen schädigten.



- (1) Der Antrag auf Finanzhilfe aus dem Solidaritätsfonds der Europäischen Union (EUSF) wurde der Kommission am 23. Juli 2010 vorgelegt, also innerhalb der Frist von zehn Wochen nach der ersten Schadensfeststellung vom 18. Mai 2010.
- (2) Die Katastrophe ist natürlichen Ursprungs. Die tschechischen Behörden veranschlagten den unmittelbar durch die Katastrophe verursachten Gesamtschaden auf 204 456 041 EUR. Da dieser Betrag den Schwellenwert von 824,029 Mio. EUR (d. h. 0,6 % des BNE der Tschechischen Republik) nicht übersteigt, gilt die Katastrophe nicht als „Katastrophe größeren Ausmaßes“ gemäß der Verordnung (EG) Nr. 2012/2002 des Rates. Allerdings war die Tschechische Republik von derselben Flutkatastrophe betroffen, die auch zu der Katastrophe größeren Ausmaßes in Polen und der Slowakei geführt hat. Daher wurde befunden, dass die in Artikel 2 Absatz 2 Unterabsatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 2012/2002 des Rates genannte Voraussetzung erfüllt ist, nach der ein Land, das von derselben Katastrophe größeren Ausmaßes wie ein Nachbarstaat betroffen ist, ausnahmsweise die Hilfe des Solidaritätsfonds in Anspruch nehmen kann.
- (3) Am stärksten in Mitleidenschaft gezogen wurde der Nordosten der Tschechischen Republik, darunter vier Regionen (Mährisch-Schlesien, Olmütz, Zlín und Südmährische Region) im Grenzgebiet zu Polen, der Slowakei und Österreich. Infolge der Überschwemmungen starben fünf Menschen, hunderte Wohnungen wurden überflutet und verwüstet, und auch öffentliches Eigentum und das Straßennetz wurden stark in Mitleidenschaft gezogen. Aufgrund von Transportschwierigkeiten mussten einige Unternehmen die Produktion zurückfahren. Darüber hinaus gehören die betroffenen Regionen zu den wirtschaftlich schwachen Gebieten mit äußerst negativen Veränderungen im Bereich Beschäftigung.
- (4) Die Kosten der gemäß Artikel 3 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 2012/2002 des Rates förderfähigen wesentlichen Rettungsmaßnahmen wurden von den tschechischen Behörden auf 136 945 071 EUR geschätzt und nach Maßnahmenarten aufgeschlüsselt.
- (5) Nach Angaben der Tschechischen Republik wurden keine anderen EU-Mittel zur Bewältigung der unmittelbaren Folgen der Flutkatastrophe herangezogen. Die Tschechische Republik erwägt nicht, die Folgen der Flutkatastrophe mithilfe der Strukturfonds zu bewältigen.

## **2.5. Kroatien**

Von Ende Mai an und noch beinahe den gesamten Juni 2010 hindurch verursachten in Kroatien schwere Regenfälle mit Hagel und Gewittern schwere Überschwemmungen in den östlichen und mittleren Teilen des Landes. Infolge der Katastrophe wurden der Agrarsektor, öffentliches und privates Eigentum und die Verkehrsinfrastruktur erheblich geschädigt.

- (1) Der Antrag auf Finanzhilfe aus dem Solidaritätsfonds der Europäischen Union wurde der Kommission am 9. August 2010 vorgelegt, also innerhalb der Frist von zehn Wochen nach der ersten Schadensfeststellung vom 31. Mai 2010.
- (2) Die Katastrophe ist natürlichen Ursprungs. Die kroatischen Behörden veranschlagten den unmittelbar durch die Katastrophe verursachten Gesamtschaden auf 153 039 303 EUR. Da dieser Betrag den Schwellenwert von 275,804 Mio. EUR (d. h. 0,6 % des BNE Kroatiens) nicht übersteigt, gilt die Katastrophe nicht als „Katastrophe größeren Ausmaßes“ gemäß der Verordnung (EG) Nr. 2012/2002 des Rates.

Allerdings war Kroatien von derselben Flutkatastrophe betroffen, die auch zu der Katastrophe größeren Ausmaßes in Ungarn geführt hat. Daher wurde befunden, dass die in Artikel 2 Absatz 2 Unterabsatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 2012/2002 des Rates genannte Voraussetzung erfüllt ist, nach der ein Land, das von derselben Katastrophe größeren Ausmaßes wie ein Nachbarstaat betroffen ist, ausnahmsweise die Hilfe des Solidaritätsfonds in Anspruch nehmen kann. Da Kroatien in Beitrittsverhandlungen zur EU steht, kommt das Land für Finanzhilfen aus dem EU-Solidaritätsfonds in Frage.

- (3) Hinsichtlich der Auswirkungen und Folgen der Überschwemmung geben die kroatischen Behörden an, dass 427 Häuser überflutet bzw. 682 Häuser beschädigt wurden und mehr als 100 Familien evakuiert werden mussten. Erhebliche Schäden traten an der Straßeninfrastruktur auf, so dass Straßen gesperrt werden mussten und somit Sofortmaßnahmen erschwerten. Mit mehr als 141 Mio. EUR bzw. 92 % der Gesamtschäden wurde der Agrarsektor am stärksten in Mitleidenschaft gezogen.
- (4) Die Kosten der gemäß Artikel 3 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 2012/2002 des Rates förderfähigen wesentlichen Rettungsmaßnahmen wurden von den kroatischen Behörden auf 11 670 861 EUR geschätzt und nach Maßnahmenarten aufgeschlüsselt.

Nach Angaben Kroatiens wurden keine anderen EU-Mittel zur Bewältigung der unmittelbaren Folgen der Flutkatastrophe herangezogen.

## **2.6. Rumänien**

Von Ende Juni bis Juli kam es in Rumänien zu schweren Überschwemmungen und Erdbeben in einem Großteil des Landes. Infolge der Katastrophe wurde die Infrastruktur, der Agrarsektor sowie öffentliches und privates Eigentum erheblich geschädigt.

- (1) Der Antrag auf Finanzhilfe aus dem Solidaritätsfonds der Europäischen Union wurde der Kommission am 31. August 2010 vorgelegt, also innerhalb der Frist von zehn Wochen nach der ersten Schadensfeststellung vom 23. Juni 2010.
- (2) Die Katastrophe ist natürlichen Ursprungs und fällt somit in den Anwendungsbereich des Solidaritätsfonds.
- (3) Die rumänischen Behörden veranschlagten den direkten Gesamtschaden auf 875 757 770 EUR. Dieser Betrag entspricht 0,6669 % des BNE Rumäniens und übersteigt den normalen Schwellenwert für die Inanspruchnahme des Solidaritätsfonds von 787,935 Mio. EUR (d. h. 0,6 % des BNE auf der Grundlage der Daten für 2008). Die Prüfung durch die Kommissionsdienststellen ergab, dass die von Rumänien verwendeten Verfahren zur Schätzung der unterschiedlichen Schadenskategorien plausibel sind.
- (4) Da der veranschlagte direkte Gesamtschaden in Höhe von 875 757 770 EUR den 2010 für Rumänien anwendbaren Schwellenwert für die Inanspruchnahme des Solidaritätsfonds (787,935 Mio. EUR) übersteigt, gilt die Katastrophe als „Naturkatastrophe größeren Ausmaßes“ und fällt damit in den Hauptanwendungsbereich der Verordnung (EG) Nr. 2012/2002 des Rates. Der direkte Gesamtschaden dient als Berechnungsgrundlage für die Festsetzung der Höhe der finanziellen Unterstützung. Die finanzielle Unterstützung darf ausschließlich für

wesentliche Rettungsmaßnahmen im Sinne von Artikel 3 der Verordnung verwendet werden.

- (5) Im Juni und Juli verzeichnete Rumänien schwere Überschwemmungen, die erhebliche Schäden im Bereich Landwirtschaft, an der Infrastruktur und an Privatwohnungen verursachten. Im Antrag werden die Folgen der Katastrophe dargelegt: 37 Kreise (von 41) bzw. mehr als 6,7 Mio. Einwohner waren betroffen. 15 000 Menschen mussten evakuiert werden, 3 936 Privatwohnungen wurden in Mitleidenschaft gezogen – 3 073 wurden beschädigt und 863 vollständig zerstört. 147 öffentliche Gebäude müssen wieder instandgesetzt werden. 443 km Schutzstreifen, 293 km Deiche und 35 km Dämme, 5 257 km Straßeninfrastruktur sowie Brücken, Durchlässe und Fußgängerbrücken wurden beschädigt. Am stärksten wurde allerdings der Bereich Landwirtschaft in Mitleidenschaft gezogen. 110 585 ha bewirtschaftbare Fläche, 31 088 ha Weiden und Heuwiesen sowie 2 000 ha andere Arten von Feldern, Weinberge und Obstanlagen standen unter Wasser. In der Forstwirtschaft wurden erhebliche Verluste an Pflanzungen, Schäden an Forstbaumschulen und zahlreiche beschädigte Nutzbäume und andere Baumarten angegeben. Aufgrund der schweren Folgen der Überschwemmungen beantragte Rumänien Unterstützung durch das Katastrophenschutzverfahren der EU. Es kann geschlossen werden, dass die Überschwemmungen gravierende und dauerhafte Folgen für die Lebensbedingungen der Bürger, die Umwelt und die Wirtschaft hatten, insbesondere im Bereich Landwirtschaft. Der Antrag Rumäniens umfasst eine detaillierte Analyse der Auswirkungen der Überschwemmungen und eine Aufschlüsselung der geschätzten Gesamtschäden nach Sektoren.
- (6) Die Kosten der gemäß Artikel 3 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 2012/2002 des Rates förderfähigen wesentlichen Rettungsmaßnahmen wurden von den rumänischen Behörden auf 715 029 944 EUR geschätzt und nach Maßnahmenarten aufgeschlüsselt. Allerdings konnten die rumänischen Behörden hinsichtlich der Kosten für unmittelbare Aufräumarbeiten in den von der Katastrophe betroffenen Gebieten keine Informationen liefern. Aus den Angaben der rumänischen Behörden geht klar hervor, dass die tatsächlichen Kosten der förderfähigen Maßnahmen weit über dem aus dem Solidaritätsfonds möglichen Förderbetrag liegen. Die aus dem Fonds tatsächlich zu finanzierenden Maßnahmenarten werden in der Durchführungsvereinbarung definiert.
- (7) Das betroffene Gebiet ist als „Konvergenzregion“ im Rahmen der Strukturfonds (2007-2013) förderfähig.
- (8) Die rumänischen Behörden gaben an, dass für die geltend gemachten Schäden kein Versicherungsschutz besteht.

## **2.7. Schlussfolgerung**

Aus den oben dargelegten Gründen wird vorgeschlagen, den von Polen, der Slowakei, Ungarn, der Tschechischen Republik, Kroatien und Rumänien eingereichten Anträgen zu den Überschwemmungen von Mai, Juni und Juli 2010 stattzugeben und für jeden dieser Fälle den Solidaritätsfonds in Anspruch zu nehmen.

### 3. FINANZIERUNG

Für den Solidaritätsfonds stehen jährlich Finanzmittel in Höhe von insgesamt 1 Mrd. EUR zur Verfügung. Da Solidarität der zentrale Beweggrund für die Einrichtung des Fonds war, sollte die Unterstützung aus dem Fonds nach Auffassung der Kommission progressiv gewährt werden. Das bedeutet, dass gemäß der bisherigen Praxis für das Schadensausmaß, das den Schwellenwert (0,6 % des BNE bzw. 3 Mrd. EUR zu Preisen von 2002, je nachdem, welcher Betrag niedriger ist) übersteigt, eine höhere Unterstützung bereitzustellen ist als für das unter diesem Schwellenwert liegende Schadensausmaß. Bislang wurden für die Festsetzung der Mittelzuweisungen bei Katastrophen größeren Ausmaßes ein Satz von 2,5 % des gesamten Direktschadens unterhalb der Schwelle und ein Satz von 6 % auf den über die Schwelle hinausgehenden Schaden angewandt. Die Methode für die Berechnung der Hilfen aus dem Solidaritätsfonds ist im Jahresbericht 2002-2003 dargelegt und wurde vom Rat sowie vom Europäischen Parlament gebilligt.

Es wird vorgeschlagen, diese Sätze auch in den vorliegenden Fällen anzuwenden und die folgenden Beträge zu gewähren:

(in EUR)

	Direktschaden	Schwellenwert (in Mio. EUR)	Betrag auf der Basis von 2,5 %	Betrag auf der Basis von 6 %	Gesamtbetrag der vorgeschlagenen Finanzhilfe
Polen – Überschwemmungen 2010 „Katastrophe größeren Ausmaßes“	2 998 989 248	2 124,920	53 123 000	52 444 155	105 567 155
Slowakei – Überschwemmungen 2010 „Katastrophe größeren Ausmaßes“	561 133 594	378,205	9 455 125	10 975 716	20 430 841
Ungarn – Überschwemmungen 2010 „Katastrophe größeren Ausmaßes“	719 343 706	590,710	14 767 750	7 718 022	22 485 772
Tschechische Republik – Überschwemmungen 2010 „Nachbarstaat“	204 456 041	824,029	5 111 401	0	5 111 401
Kroatien – Überschwemmungen 2010 „Nachbarstaat“	153 039 303	275,804	3 825 983	0	3 825 983
Rumänien – Überschwemmungen 2010 „Katastrophe größeren Ausmaßes“	875 757 770	787,935	19 698 375	5 269 366	24 967 741
<b>Insgesamt</b>					<b>182 388 893</b>

#### 4. ÜBERSICHT NACH RUBRIKEN DES FINANZRAHMENS

Finanzrahmen Rubrik/Teilrubrik	Finanzrahmen 2011		Haushaltsplan 2011		EBH Nr. 1/2011		Haushaltsplan 2011 (einschl. EBH Nr. 1/2011)	
	MfV	MfZ	MfV	MfZ	MfV	MfZ	MfV	MfZ
<b>1. NACHHALTIGES WACHSTUM</b>								
1a. Wettbewerbsfähigkeit im Dienste von Wachstum und Beschäftigung	12 987 000 000		13 520 566 270	11 627 802 798			13 520 566 270	11 627 802 798
1b. Kohäsion im Dienste von Wachstum und Beschäftigung	50 987 000 000		50 980 593 784	41 652 094 626			50 980 593 784	41 652 094 626
<b>Insgesamt Spielraum<sup>2</sup></b>	<b>63 974 000 000</b>		<b>64 501 160 054</b> -27 160 054	<b>53 279 897 424</b>			<b>64 501 160 054</b> -27 160 054	<b>53 279 897 424</b>
<b>2. NACHHALTIGE BEWIRTSCHAFTUNG UND SCHUTZ DER NATÜRLICHEN RESSOURCEN</b>								
davon: marktbezogene Ausgaben und Direktzahlungen	47 617 000 000		42 891 201 900	42 788 499 841			42 891 201 900	42 788 499 841
<b>Insgesamt Spielraum</b>	<b>60 338 000 000</b>		<b>58 659 248 389</b> 1 678 751 611	<b>56 378 918 184</b>			<b>58 659 248 389</b> 1 678 751 611	<b>56 378 918 184</b>
<b>3. UNIONSBÜRGERSCHAFT, FREIHEIT, SICHERHEIT UND RECHT</b>								
3a. Freiheit, Sicherheit und Recht	1 206 000 000		1 138 954 740	813 277 345			1 138 954 740	813 277 345
3b. Unionsbürgerschaft	683 000 000		682 897 000	645 969 000	+178 562 910	+178 562 910	861 459 910	824 531 910
<b>Insgesamt Spielraum<sup>3</sup></b>	<b>1 889 000 000</b>		<b>1 821 851 740</b> 67 148 260	<b>1 459 246 345</b>	<b>+178 562 910</b>	<b>+178 562 910</b>	<b>2 004 414 650</b> 67 148 260	<b>1 637 809 255</b>
<b>4. DIE EU ALS GLOBALER AKTEUR<sup>4</sup></b>	<b>8 430 000 000</b>		<b>8 754 299 377</b> -70 439 377	<b>7 237 527 520</b>	<b>+3 825 983</b>	<b>+3 825 983</b>	<b>8 758 125 360</b> -70 439 377	<b>7 241 353 503</b>
<b>5. VERWALTUNG<sup>5</sup></b>	<b>8 334 000 000</b>		<b>8 172 839 289</b> 243 160 711	<b>8 171 544 289</b>			<b>8 172 839 289</b> 243 160 711	<b>8 171 544 289</b>
<b>INSGESAMT Spielraum</b>	<b>142 965 000 000</b>	<b>134 280 000 000</b>	<b>141 909 398 849</b> 1 996 461 151	<b>126 527 133 762</b> 7 934 866 238	<b>+182 388 893</b>	<b>+182 388 893</b>	<b>142 091 787 742</b> 1 996 461 151	<b>126 709 522 655</b> 7 934 866 238

<sup>2</sup> Bei der Berechnung des bei der Teilrubrik 1a verbleibenden Spielraums (500 Mio. EUR) wurde der Europäische Globalisierungsfonds (EGF) nicht berücksichtigt. Der über die Obergrenze hinausgehende Betrag von 34 Mio. EUR wird durch Inanspruchnahme des Flexibilitätsinstruments finanziert.

<sup>3</sup> Der Betrag aus dem Solidaritätsfonds der Europäischen Union wird – wie in der Interinstitutionellen Vereinbarung vom 17. Mai 2006 (ABl. C 139 vom 14.6.2006) vorgesehen – in Überschreitung der Obergrenzen der einschlägigen Rubriken in den Haushaltsplan eingesetzt.

<sup>4</sup> Bei der Berechnung des im Haushaltsjahr 2010 bei der Rubrik 4 verbleibenden Spielraums wurden die Mittel für die Soforthilfereserve (253,9 Mio. EUR) nicht berücksichtigt. Der über die Obergrenze hinausgehende Betrag von 71 Mio. EUR wird durch Inanspruchnahme des Flexibilitätsinstruments finanziert.

<sup>5</sup> Bei der Berechnung des Spielraums für die Rubrik 5 wurde ein Betrag von 82 Mio. EUR an Beiträgen des Personals zur Versorgungsordnung berücksichtigt (gemäß Fußnote (1) zur Tabelle des Finanzrahmens 2007-2013).

